

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Betriebsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 9 Mark, unter Kreuzband 12 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Dr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts-Buchdruckerei Dautinger & Co., Berlin S. 68

Insertionspreis:
Für Inserate aller Art: die sechsgehaltene Kolonetzelle 2 Mark,
für Todesanzeigen und Arbeitsmarkt-Zeile 1,50 Mark

Achtung, Markenempfänger!

Die neuhergestellten Beitragsmarken zu 2,50 Mk. und 3 Mk. enthalten nur noch den Verbandsbeitrag. Der Lokalbeitrag konnte der verschieden hohen und ständig wechselnden Sätze wegen nicht mehr aufgedruckt werden. Dagegen wurde auf den überdruckten alten Marken noch ein Lokalbeitrag in Höhe von 50 Pf. mit aufgenommen. Siehe auch Bekanntmachung unter Verbandsnachrichten in Nr. 7/21 der „Verbandszeitung“.

Die Unterstützungsauszahlung

werden darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß durch Urabstimmung die neuen Unterstützungssätze entsprechend den höheren Beiträgen erst nach 26 Wochen Beitragsleistung in Kraft treten. Bis zum Ablauf der 26 Wochen werden die alten Unterstützungssätze gezahlt, zu welchen die Mitglieder nach ihren früheren Beiträgen berechtigt waren. Der Verbandsvorstand.

Wie die kapitalistische Gesellschaft aufbauen will.

(Eine zeitgemäße Betrachtung für denkende Arbeiter.)

Wer kennt die Völker, nennt die Namen von denjenigen, die sich heute alle berufen fühlen, Deutschland wieder „aufzubauen“? Es gäbe eine stattliche, lange Liste, sollten sie alle namentlich aufgeführt werden. Aber es lohnt sich schon einmal, die besonders großen Kanonen herauszugreifen. Staatsminister a. D. Dernburg, Professor Bahlinger, Zentrumsgesandter Dr. Heim, bayerischer Arbeitsminister, Oswald, Professor, Dr.-Ing. Heim, jeder eine Kapazität, und jeder ein Quacksalber, ein Kurpfuscher. Aber nein, dieses allein zu behaupten wäre einseitig, aus Liebe zur deutschen Arbeiterschaft werden die Herrschaften sogar Philosophen mit einem Stich in die Philanthropie. In allen Tonarten, in Dur und in Moll, bald im sanftesten Piano, bald in Sturmestruhen tönt es von den Lippen dieser Wiederbaufunktionäre: „Deutscher Arbeiter, Du mußt arbeiten, nur Arbeit kann uns retten.“ Gut gebrüllt, ihr Löwen, aber der Arbeiterschaft nichts Neues, und zudem nicht einmal eine eigene Erfindung, sondern der Parole der deutschen Gewerkschaften entnommen, und zwar zu einer Zeit, als eine neue Welt sich aufzuheben beginnt. Was habt ihr daraus gemacht? Was der Arbeiterschaft selbstverständlich war und ist, das habt ihr umgedreht, versucht es einzupressen in den Interessententum derjenigen Klasse, die stets bestrebt gewesen ist, aus der Haut des werktätigen schaffenden Proletariats Kiemen zu schneiden. Ihr habt den Ruf so für das Kapital auszubeuten versucht, daß man es sich heute zweimal überlegen muß, ob man ihn der deutschen Arbeiterschaft ins Gedächtnis rufen darf.

Wir wollen den Sozialismus, denn dieser hat eine bestimmte Voraussetzung, in der Höhe der Gütererzeugung. Der Raubbau an unserer Produktionskraft während des Krieges kann nur durch gesteigerte Erzeugung wettgemacht werden. Stimmt auffallend, sagen die kapitalistischen Doktoren; ergo: „es muß länger gearbeitet werden.“ Aber gemacht, ihr Herren, hier trennen sich unsere Wege.“ Ruft die Arbeiterschaft nach vermehrter Gütererzeugung, dann versteht das Unternehmertum darunter die Verlängerung der Arbeitszeit. Die Forderung nach der sogenannten Reichs-arbeitsstunde war das erste Stücklein und wurde von Herrn Dernburg auf seiner Wiederbaufunktion gebliesen. Dernburg spielte umsonst, die Arbeiter tanzen nicht, sondern lachten die Eggelitz wilmhelminischer Zeit aus. Aber, deutscher Arbeiter, merkt auf, was weiter gespielt wird. Es scheint todernst zu werden. Der Achtstundentag, er ist den Kapitalisten ein Dorn im Auge. Sagte doch selbst der Präsident der deutschen Kommission auf der deutsch-französischen Wirtschaftskonferenz: „Außerdem hat durch den Achtstundentag, der in Wirklichkeit nur ein fünf- und sechsstündentag ist, die Produktion eine ungeheure Verminderung erlitten.“ Professor Bahlinger sandte an den englischen Premier ein Telegramm, worin derselbe beschworen wird, von Deutschland erhöhte Arbeitszeit und Akkord zu verlangen. (Das Telegramm soll den englischen Premier nicht erreicht haben.) Aber erst Dr. Heim, und welcher Arbeiter kennt ihn nicht, dieser Ueberbaurmacher verlangt Zehnstundentag, Akkordarbeit, Streikverbot und Prügel für die Streikenden. Zu ihm gesellt sich der Abgeordnete Dr. Heim, er hat den Bayerischen Landtag um baldige Beseitigung des Achtstundentags. Der Arbeitsminister für Bayern hat den Abgrund in nächste Nähe gerückt. Also so sieht der kapitalistische Aufbau aus.

Hat die deutsche Arbeiterschaft Jahrzehnte lang für den Achtstundentag gekämpft, um sich nun denselben von den Handlangern der Unternehmer rauben zu lassen? Was war denn die Erringung dieser alten Forderung: ein Erfolg

für den Augenblick? Nein! Es war ein prinzipieller Sieg. Arm in Arm marschieren heute die Gegner dieses Prinzips: die reaktionären Rechtspolitiker, die arbeiterfeindliche Regierung und selbst christliche Gewerkschaftsführer. Bahn und Verblendung ist ihr Tun. Die größte Katastrophe für das deutsche Wirtschaftsleben würde die Beseitigung des Achtstundentags sein. Ein Zusammenbruch, viel schwerer als derjenige, den die Kriegsbegeisterung verschuldet. Ohne Prophet zu sein, kann man sagen, die deutsche Arbeiterschaft wird in kommenden Zeiten schwer kämpfen müssen, wenn sie nicht wieder zehn und mehr Stunden täglich arbeiten will. Betrachtet man sich das Wirtschaftsleben etwas genauer und nicht mit den Augen eines dividendenhungrigen Unternehmers, dann wird man von Entsetzen erfaßt ob solchen verbrecherischen Verlangens. Jeder Unternehmer schreit, daß er nicht voll produzieren kann, weil es ihm an Rohstoffen mangelt. Was soll da die Verlängerung der Arbeitszeit? Hunderttausende von Arbeitlosen stehen außerhalb der Betriebe. Befragt man sie, es wären Rohstoffe vorhanden, dann würde doch auch die vermehrte Gütererzeugung erreicht werden durch die Einstellung mehr werkschaffender Arbeiter, ohne eine Verlängerung der Arbeitszeit. Draufschrei ist der Ruf nach erhöhtem Profit nach nie ausgeflossen worden als hier, und das Ende vom Lied — Vermehrung des Arbeitslosenheeres ins Gigantische.

Aber hiermit nicht genug, die kapitalistischen Aufbauer haben eine zweite Programmforderung aufgestellt: Abbau der Löhne! Was der mit dem Aufbau zu tun hat, das ist allerdings ein Rätsel. Ganz sicher scheinen die Unternehmer noch nicht zu sein damit, denn ihre Presse bringt diese Forderung erst tropfenweise und in Zucker landiert. Der Direktor des Vereins der Straßen-, Klein- und Privatbahnen, Dr.-Ing. Helm, schrieb kürzlich in der „Arbeitszeitung“ vom 9. Januar, er sei nicht Anhänger des Lohnabbaues, sondern verlange nur, daß die Bezahlung der neunten und zehnten Arbeitsstunde wegfällt. Derselbe Herr hat sich der Mühe unterzogen, alle Unternehmerforderungen zusammenzustellen. Nach seiner Meinung müssen wir unrettbar verloren gehen, wenn sie nicht erfüllt werden sollen. Er schreibt:

„Bei der vollständigen unzureichenden Gütererzeugung Deutschlands gibt es nur folgende Möglichkeiten zum Ausgleich des Fehlbetrages an Bedarfsgütern:

1. Der Bevölkerungsüberschuß, der von den Erzeugnissen des Inlandes nicht ernährt werden kann, muß auswandern;
2. der Bevölkerungsüberschuß muß verhungern;
3. die Gesamtbevölkerung muß ihren Verbrauch um mehr als ein Drittel einschränken;
4. der Fehlbetrag in der Gütererzeugung muß durch Produktionssteigerung aufgebracht werden;
5. der Fehlbetrag wird vom Ausland zur Verfügung gestellt.“

Lebt diese Programmpunkte nicht einmal durch, sondern ein dutzendmal, und staunt darüber, aber nicht der gewaltigen Fülle des Geistes wegen, sondern welche Kurzeibäume das Hirn eines kapitalistischen Aufbaupolitikers schlagen kann. Punkt 1: Auswandern muß derjenige, der nicht ernährt werden kann. Aber Herr Professor, sagt man denn den Akt ab, auf dem man sitzt? Wer käme dann für die Auswanderung in Frage? Doch nur derjenige Arbeiter, der in seinem Berufe etwas leistet. An ungelerten Arbeitern oder mittel- oder minderwertigen hat das Ausland selbst Ueberfluß. Dann kann doch auch nur der auswandern, der die Mittel dazu besitzt. Und warum wollen Sie der deutschen Wirtschaft die qualifiziertesten Arbeiter entziehen? Brauchen wir die nicht am aller nötigsten zum Aufbau? In Punkt 2 heißt es ganz einfach, der Bevölkerungsüberschuß muß verhungern. Es hätte ganz dieselbe Wirkung gehabt, wenn der Herr Dr.-Ingenieur geschrien hätte, „wird totgeschossen.“ Anstatt demjenigen anzuraten, die heute die Ernährungspolitik sabotieren, sich allen Ernstes zu besterzigen, von diesem verderblichen Tun abzulassen und Wissenschaft und Technik, guten Willen und Verständnis für das Wirtschaftsleben in den Dienst der deutschen Landwirtschaft zu stellen, spricht dieser Mann Hunderttausenden das Todesurteil. Die Sätze des Punktes 3 so zu formulieren, in einer Zeit, in der Millionen an Hungerstiche naagen, dafür fehlt der parlamentarische Ausdruck. Hat der Herr Professor sich schon einmal die Sterblichkeitsziffern angesehen? Hat der Herr schon einmal etwas von der Unterernährung gehört? Diese Forderung ist weiter nichts als der Tod Hunderttausender Proleten. In Punkt 4 kommt wieder die Ideologie des Aufbaues zum Ausdruck: Weg mit dem Achtstundentag. Man braucht darauf nicht näher einzugehen. Von dem Punkt 5 weiß jeder denkende Mensch, daß wir nur mit Hilfe des Auslandes gesunder können.

Also, alles in allem, aus dem ganzen Programm der kapitalistischen Aufbauer sehen wir nur das eine: die Arbeiter sollen hungern, damit die Kapitalisten leben können. Es genügt der Gesellschaft noch nicht, daß der Krieg zwei Millionen dahingerafft und unfähiges Elend heraufbeschworen hat, die deutsche Arbeiterschaft soll weiter zur

Aber gelassen werden. Ihr Arbeiter aber lernt, ihr seid gewarnt, hinein in die Gewerkschaften, restlos bis zum letzten Mann. Die Gewerkschaften haben ein anderes Aufbauprogramm. Das bringt nicht den Hungertod, sondern den wirklichen Aufbau und die Wiedergenehung.
Adolf Grimm.

Die Abstempelung der Banknoten.

Von Dr. Oscar Stillich.

Vor kurzem erzählte mir ein Bekannter folgende festsame, aber tatsächlich passierte Geschichte. Ein Schieber kommt aufs Land und kauft ein Schwein, um es zu Wurst verarbeiten zu lassen und damit ein gutes Geschäft zu machen. Er hat jedoch nur Geld in kleineren Scheinen bei sich und will dem Bauern daher 50-Mark-Scheine einhändigen. Dieser aber weist sie zurück und erklärt, daß er die nicht mehr brauchen könne, davon habe er zu Hause schon 16 Pfund. Dieser Bauer steht nicht vereinzelt da im Deutschen Reich. Fast überall, auf dem Lande wie in der Stadt, sind Unsummen von Papiergeld gesammelt. In Truhen und Schränken, in Zigarrentischen und Konservenschächeln, im Ofen und an anderen wenig geeigneten Orten sind ganze Stöße Papiergeld verborgen. Die Bemerkung eines Geldsammlers, daß das Berlin sein teuerstes Buch sei, denn in diesem habe er seine Tausendmarkscheine versteckt, ist gleichfalls charakteristisch.

Geld, das zur Zirkulation bestimmt, das seinen Zweck nur erfüllt, wenn es den Tausch von Waren vermittelt, wird hier in allen diesen Fällen seiner eigentlichen Aufgabe entzogen und zur Besitzanhäufung verwendet. Der Grund für diesen Mißbrauch liegt in dem Bestreben, es vor dem Zugriff der Steuerbehörde zu bewahren, es der Besitzener, dem Reichsnotopfer, der Einkommensteuer und der Kapitalertragsteuer usw. zu entziehen. Die Besitzer dieser heimlichen Geldmengen defraudieren also und wiegen sich in Sicherheit, indem sie glauben, daß es kein Mittel gibt, um ihren Betrug aufzudecken. Aber sie werden sich irren. Der Anflug der Notenaustampfung darf nicht mehr länger geduldet werden. Die Geldscheine müssen aus ihrem Versteck herausgeholt werden wie die Füchse aus ihrem Bau. Das Mittel dazu ist die Abstempelung der Noten. Die Abstempelung muß entweder bei den dazu bestimmten Banken erfolgen, die dann den Finanzämtern entsprechende Mitteilung machen oder aber bei diesen. Die ganze Maßnahme dient in erster Linie dem Zweck der Steuerkontrolle. Das Abstempelungsgesetz könnte ganz kurz sein und im Prinzip folgendes bestimmen: „Alle Noten der Reichsbank, der privaten Notenbanken sowie die Darlehensloosenscheine in Stückeln über 2 Mk. sind innerhalb dreier Monate an eine Bank oder das zuständige Finanzamt zur Abstempelung einzureichen. Noten ohne Stempel sind ungültig und dürfen weder in Zahlung gegeben noch genommen werden.“

Dann würden die Schieber sowie alle Leute, die keine Bücher führen und die bisher steuerlos auf keine Weise gefaßt werden konnten, dem Finanzamt sofort sichtbar und daher abgabepflichtig werden. Schon die Strafgeden wegen falscher oder unterlassener Deklaration würden große Summen einbringen. Hat sich seit der Abgabe der Reichsnotopfererklärung und dem Zeitpunkt der Abstempelung viel zugunsten des Einkünftebesitzers geändert, so hat er sich in bezug auf die Herkunft des Mehrbetrages der Steuerbehörde gegenüber auszusprechen. Die ganze hier geforderte Maßregel wäre nur eine halbe, wenn nämlich alle abgestempelten Noten den Einkünftebesitzern wieder zurückgegeben würden. Dadurch würde man der heute herrschenden Inflation nicht Herr werden. Es müßte vielmehr ein Weg eingeschlagen werden, der bereits in einem uns benachbarten Staate mit dem Erfolg durchgeführt ist, daß dessen Noten heute auf Paris stehen, also ungefähr auf dem Kursstand der Vorkriegszeit. Wir haben heute 75 Milliarden Papiergeld. Davon könnten 35 Milliarden abgestempelt an die Einkünftebesitzer zurückgegeben werden und 40 Milliarden würden sie in Form niedrig verzinslicher Reichsschuldverschreibungen erhalten. Unter der Voraussetzung, daß alles eingereicht wird — denn nicht gestempelte Noten würden ja wertlos werden — würde das Deutsche Reich auf die allereinfachste Weise durch Festlegung des Papiergeldkapitals in Form einer Zwangsanleihe Mittel zur Verfügung erhalten, wie auf keinem andern Wege. Dabei fällt das obengenannte Verhältnis von 35:40 nur als Beispiel dienen. Die Höhe der Zwangsanleihe ist von der Finanzverwaltung zu bestimmen.

Die Verkuppelung von Abstempelung und Zwangsanleihe ist ein notwendiger Weg, der nicht nur aus steuerlichen Interesse gegangen werden muß, sondern im Interesse unserer Staatsfinanzen und in letzter Linie auch im Interesse der Bevölkerung. Es muß verhindert werden, daß der, der sein Einkommen und Vermögen richtig angibt, höher belastet werden muß, weil eine Anzahl unehrlicher Leute zu wenig oder gar nichts angeben, und infolgedessen die Einbringung der notwendigen Summen auf den Schultern einer kleineren Zahl von Jenigen liegt. Man darf sich bei der Empfehlung und Durchführung einer derartigen Zwangs-

maßnahme nicht durch das Geschrei der Interessenten irre-machbar lassen. Die großen kapitalistischen Blätter werden sofort mit dem Einwande kommen, die Abstempelung sei technisch unmöglich. Das ist es nicht, hat die Praxis in der Uchschlowitz abgelehnt. Dort wurden 8 Milliarden Kronen Noten abgestempelt. Daraus behielt der Staat circa 2 Milliarden zurück und gab dafür Schulverschreibungen mit 1 Proz. Verzinsung. Man wird auch drohen, daß der Kurs der deutschen Mark dann noch tiefer sinkt. Diese Gefahr ist für jeden, der auch nur das Ubr der Weltgeschichte kennt, ausgeschlossen. Ist der erste panische Schrecken vorüber, dann wird infolge der Verkleinerung der Geldmenge im Verhältnis zur Warenmenge der Preis der Waren zurückgehen, das heißt, der Geldwert steigen. Sie ist auch keine inflationistische Finanzmaßnahme, wie uns die Befürworter Papiergeldvorsätze glauben machen wollen. Sie ist vielmehr eine absolut notwendige Etappe auf dem Wege zur Sanierung unserer Finanzen und eine Forderung der Gerechtigkeit auf steuerlichem Gebiete. Die Arbeiter und ihre Organisationen müssen mit allem Nachdruck die Forderung erheben: Abstempelung des ganzen Papiergeldes. Nur auf diese Weise wird es möglich, was ich in meiner kleinen Schrift: „Staatsbankrott und Vermögensrettung“, näher ausgeführt habe, das auch in das Ausland gestoffene und defizitierte Notkapital herbeizuführen und eventuell zu bestrafen.

Was ist uns Oberschlesien? (An die Frauen.)

Deutschlands Bevölkerung steht vor folgen-schweren Entscheidungen. Vor folgen-schwereren, als der größte Teil der Bevölkerung auch nur zu ahnen scheint. Am 20. Februar mußten die wahlberechtigten Männer und Frauen Preußens über die Zukunft Preußens und des gesamten Deutschen Reiches entscheiden und am 26. März werden alle in Oberschlesien geborenen erwachsenen Männer und Frauen darüber zu entscheiden haben, ob Oberschlesien bei Deutschland verbleiben oder Polen zugesprochen werden soll.

Bei dieser Entscheidung tritt vollständig in den Hintergrund die Frage, ob Deutschland durch den Verlust Oberschlesiens um den Flächenraum an Land geschädigt werden soll, den es enthält oder um die darauf lebenden 2.208.000 Menschen. Diese allerdings auch wichtige Frage verliert an Bedeutung gegenüber der für unsere Volkswirtschaft und für die Existenzbedingungen des größten Teiles der deutschen Bevölkerung sehr viel wichtigeren Frage, ob durch die Abstimmung die Schätze Oberschlesiens an Kohlen, Erzen und sonstigen für unsere Industrie wichtigen Rohprodukten aus in Zukunft uns gehören oder an Polen fallen sollen.

Oberschlesien steht hinsichtlich seines Reichthums an Bodenschätzen zweifellos an erster Stelle in Deutschland, ja in ganz Europa. Sowohl das Eisen- und Kobleinwand-vorkommen von Ais, Zink- und Eisenerzen mit Koble, wie das Vorkommen von zahlreichen, qualitativ guten Kohlenbänken allein in einer nirgends erreichten Mächtigkeit, dazu in flacher Tiefe und unter günstigen Lagerungsverhältnissen für den Bergbau sichern Oberschlesien seine bevorzugte Stellung unter den Industriebereichen der ganzen Welt.

Das ober-schlesische Einkohlenbrennen, der Ausdehnung nach der zweitgrößte aller deutschen Steinkohlenbezirke, wird an Schichtenmächtigkeit wie an Zahl und Stärke der abbaubaren Kohlenbänke von keinem anderen übertraffen. Für Deutschland ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, weil es für seine Industrie ein Drittel der benötigten Kohle liefert und weil es außerdem durch seinen Gehalt an Zink, Blei, Erz, und sonstigen Mineralien unsere Industrie belebt. Fast Oberschlesien an Polen, dann gehen die ober-schlesische Kohle und die sonstigen Mineralien unserer Industrie verloren. Die Folge wäre eine Stilllegung Tausender von Betrieben und die Entlassung Hunderttausender, vielleicht von Millionen Arbeitkräfte.

Auch die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen und Mädchen würden davon schwer getroffen werden. Schon jetzt sind die Erwerbsmöglichkeiten für sie im allgemeinen noch schlechtere als für die Gesamtheit der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Personen. Um arbeitslose Männer Weg zu machen, werden überall Frauen entlassen. Bestige Jährlinge werden sich aber erst ergeben, wenn die Arbeits-gelegenheiten noch mehr eingeschränkt werden müssen. Mehr als drei Viertel der deutschen Bevölkerung sind auf die Industrie und die damit zusammenhängenden Berufs-zweige angewiesen, wenn sie ihre Existenz sichern wollen. Eines der wichtigsten Produkte für unsere Industrie aber ist die Kohle. Schon jetzt ist es damit bei uns schlecht bestellt, weil wir beinahe ausschließlich nach den Bestimmungen des Friedensvertrages monatlich 220000 Tonne Kohle an die Entente abliefern müssen. Was bleibt uns an Kohle übrig, wenn wir auch nach Oberschlesien verlieren? Den dann arbeitslos werden Frauen und Mädchen bleibt nicht einmal der schwache Trost, auswandern zu können, weil beinahe alle Deutschen die meisten Länder so gut wie verschlossen sind.

Oberschlesien ist nachweisbar gewissermaßen der Lebens-nerv für unsere Industrie und damit für Leben und Wohl-ergehen der Bevölkerung. Es ist es um so mehr, als die Kohle nahezu für uns das einzige Betriebsstoff ist, für das wir andere wichtige Dinge, Lebensmittel und Rohstoffe, aus dem Ausland einzuhandeln können. Unser Papiergeld — was an Geld überhaupt noch vorhanden ist, müssen wir beinahe ausschließlich an die Entente abliefern — hat im Auslande nur sehr geringen Wert. Auch diese Möglichkeit würde uns genommen sein, wenn wir Oberschlesien verlieren.

Oberschlesien darf uns nicht verlorengehen, weil es für uns notwendig ist, wenn wir leben wollen. Daraus müssen wir alles, was in unserer Macht steht, anstreben, um die abstim-mungsberechtigten Personen zu veranlassen, von diesem Recht Gebrauch zu machen, und zwar zugunsten Deutschlands. Auch die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen dürfen dabei nicht fehlen. Der Kampf um Oberschlesien wird heftiger sein als der um Gebiete Ost- und Westpreußens, für deren Verbleiben bei Deutschland sich bestimmt im vergangenen Jahre circa 85 Prozent der Abstimmenden entschieden haben. Auch diesmal muß die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfallen. Das erfordert das Interesse der deutschen Bevol-

kerung und das erfordert auch das Interesse der deutschen Arbeiterinnen.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, die Ihr aus Oberschlesien kommt: Lebt am Ab-stimmungstage Euer Stimmrecht aus und stimmt für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland.

Gute Stimmung in Oberschlesien.

In den letzten Wochen brachte die Presse wiederholt Nachrichten aus ober-schlesischen Orten, wonach dort örtliche Wahlen (zu Kirchenvorständen usw.) bedeutende, sogar glänzende deutsche Mehrheiten ergeben hätten, obgleich die polnischen Wähler sich die größte Mühe gegeben hätten, für ihre Anhänger eine Mehrheit herbeizuführen. Wir können uns darüber freuen und in dieser Wahlen verheißungsvolle Luftake zur kommenden großen Volksabstim-mung darüber erblicken, ob Oberschlesien ferner beim Deutschen Reich verbleiben soll oder nicht. Diese bisherigen Ab-stimmungsergebnisse dürfen die im übrigen Deutschland wohnenden Oberschlesier jedoch keineswegs zu dem Glauben veranlassen, auf ihre eine Stimme komme es infolgedessen nicht mehr an. Es darf keine Laune sein, die letzten Frau aufbieten, um sie zur Abstimmung zu schleppen. Aus den bisherigen Erfahrungen geht dies mit unzweifelhafter Sicherheit hervor. Den Polen stehen zu diesem Zwecke Geldmittel zur Verfügung von einer Höhe, der man auf deutscher Seite in solchem Umfange nichts entgegenzusetzen kann. Um so größer muß darum das Pflichtgefühl bei denjenigen Oberschlesiern sein, die ihre Heimat dem Deutschen Reich und damit auch einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung erhalten wollen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nochmals betonen, daß der organisierte deutsche Arbeiter durchaus keinen Haß gegen den polnischen Arbeiter hegt, weil dieser zum polnischen Volke gehört und seine Zugehörigkeit zum polnischen Volke hochhält. Das haben wir deutschen Gewerkschafter oft genug bewiesen. Wenn wir dafür eintreten, daß Oberschlesien unbedingt dem Deutschen Reich erhalten bleiben muß, so geschieht dies nicht aus nationalistischen, sondern aus wohl-erwogenen wirtschaftlichen und sozialen Gründen, sowohl für Deutschland als auch für Oberschlesien selbst. Darum, Ihr Oberschlesier im Reich, erfüllt Eure Pflicht gegen Eure Heimat und Euch selbst. Wenn der Ruf an Euch ergeht, dann reißt nach Eurer Heimat und gebt Eure Stimme ab für Deutschland! Scheut die Unbequemlichkeiten der Reise und etwaige sonstige Opfer nicht, es wird alles Mögliche getan werden, sie zu mildern. Stimmt für Deutschland!

Der Betriebsrat und seine Stellung im Betriebe.

Betriebsrat werden, ist nicht schwer, Betriebsrat sein, dagegen sehr!

Gibt es wohl einen Funktionär, der mehr Mitleid verdient? Nein, absolut nein! Gibt es denn im Betriebe nur irgendeinen Vorgang, den er nicht verantworten soll? Nein, absolut nein! Geht der Unternehmer nicht geradezu mit sadi-scher Leidenschaft darauf aus, dem Betriebsrat das Leben zu verbittern, ihm seine Arbeit zu erschweren, dann besorgen die eigenen Kollegen dies Geschäft, und oft mit einer Gründ-lichkeit — na, schweigen wir darüber. Die Kollegen, die das zweifelhaft Vergnügen haben, Betriebsräte zu sein, kennen die Sache, und der Schreiber dieser Zeilen kennt sie eben-falls. Ich denke an so manche Episode zurück:

Der Betriebsrat in einer Betriebsversammlung muß mit blutendem Herzen bekennen, daß es ihm mit dem besten Willen nicht möglich gewesen sei, mehr für die Kollegen von dem Unternehmer herauszuholen. Er zeigt, wie schwer es war, nur eine Verhandlung durchzuführen, und bittet in ein-dringlichen Worten, dies alles zu begreifen. Ja, Proft Wahl-zeit! Jetzt sieht die Angelegenheit zur Diskussion. „Wer wünscht das Wort?“ „Der Betriebsrat hat sich drei Kreuze auf die Augen schmierern lassen,“ so endet der erste Redner; „Der Betriebsrat ist gekauft,“ der zweite; „Der Betriebsrat hat uns verraten,“ der dritte; „Sagt ihn doch ab,“ der vierte. Um Stundenlang, Redner, die für den Betriebsrat gern ein Wort der Rechtfertigung sagen möchten, sie schweigen oft, um sich nicht dem Niederschreiben aussetzen zu müssen.

Die Auseinandersetzungen gehen in einem Ton, der auf Anständigkeit keinen Anspruch mehr hat. Dem Betriebsrat geht die Galle ins Blut, er verliert oft die Beherrschung, und wirft der Versammlung sein Mandat vor die Füße. Das ist natürlich viel ins Feuer gegossen. Die Versammlung ist nicht mehr verhandlungsfähig, sie wird geschloffen. Resultat: Der Schlag ruht auf und sieht zu seinem Schrecken, daß er gerade so wie der Juristgetretene mit Wasser tödlich muß. Aber taucher der Unternehmer. Warum? Der alte Be-triebsrat hat die säuwenden Angelegenheiten durch-gearbeitet, er kennt die Verhältnisse, der neue steht der Sache fremd gegenüber. Betriebsleiter sind meistens ziemlich ge-ciffen, sie werden verjungen, gestützt auf die Unkenntnis der neuen Vertretung, alle Vorteile wieder zu beseitigen. Nun sieht der gegangene oder herausgewählte Betriebsrat wo-möglich noch im Schmalkittel, er wird zum strengsten Kritiker, sehr oft nicht zu dem der reinen Verneinung; es bilden sich Parteien, und die politische Ansicht kommt als Korpus delicti hinzu. Wo führt dieses nur hin?

Ich bin ja weit davon entfernt, zu behaupten, daß an der Tätigkeit des Betriebsrats keine Kritik geübt werden soll, es muß selbstverständlich eine Aussprache stattfinden über dieses und jenes. Was an den Abmachungen fehlt, muß sachlich diskutiert werden. Ich verweigere niemandem die Kritik, so wenig wie ich sie mir selbst nehmen lasse. Aber kann man nicht verlangen, daß der Kritiker kalt und sachlich abwägt, was unter den bestehenden Verhältnissen für die Arbeiter erreicht werden kann, oder nicht? Auf jeden Fall. Die Gewerkschaften streben mit aller Energie danach, daß das Betriebsrätegesetz verbessert werden soll, werden aber die Betriebsräte so heruntergerissen, dann weiß ich nicht, wie an eine weitere Auswertung des Gesetzes gedacht

werden kann. Der Zweck des Betriebsrätegesetzes ist doch, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu wahren. Bei dem häufigen Wechsel und der hierdurch entstandenen unfrucht-baren Tätigkeit ist aber daran nicht zu denken. Kein Kollege darf sich von dem Gedanken leiten lassen, daß böser Wille vorliegt, wenn der Betriebsrat eben nicht so konnte, wie der Kollege es wünschte. Die Macht der Betriebsräte liegt heute noch in der Kunst des Verhandlens, und unsere Gegenseite hat ja auch ein Wort mitzureden, und ein ziemlich gewichtiges. Wenn sich jeder der Schwierigkeiten bewußt wird, dann wird seine Kritik niemals persönlich und verbitternd sein, und die Arbeiterchaft hat den Nutzen.

Adolf Grimm.

Material für Betriebsräte

Ein Präzedenzfall. Eine interessante richterliche Ent-scheidung veröffentlicht die „Metallarbeiter-Zeitung“. Die Firma Hamiel und Lueg in Düsseldorf wurde um Zahlung veräußelter Arbeitszeit bzw. Aufwandsentschädigung zu-gunsten eines bei ihr beschäftigten Betriebsrates verurteilt. Die Firma erhob Einspruch, ist aber zur Tragung der Kosten verurteilt worden. Sie machte geltend, die Betriebs-räte hätten zuviel Sitzungen abgehalten, im Gegensatz zu anderen Betrieben derselben Firma in Oberhausen. Der Betriebsrat fuhr nach Oberhausen, um die Sachlage zu prüfen. Und siehe da: Dort ergaben sich noch mehr ver-äußerte Betriebsrattunden! — In dem richterlichen Urteil heißt es nun, der Betriebsrat befand sich angesichts der Ar-gumentation der Firma in einer Zwangslage, und um den Streitfall aufzuklären, war die erwähnte Reise notwendig. Der Betriebsrat „hat damit im Rahmen seiner durch das Betriebsrätegesetz festgesetzten Befugnisse und im Interesse des Wertes und der Arbeiterchaft gehandelt. Diese Ent-scheidung ist endgültig.“

(Anmerkung d. B.A. Dez.) Diese Entscheidung kann unseren als Betriebsräte tätigen Kollegen in strittigen Fällen als Richtschnur dienen. Aber der Fall zeigt auch, wie das Unternehmertum versucht, das Betriebsrätegesetz für sich un-wirksam zu machen. An den Betriebsräten aber liegt es, durch Kampf und Beharrlichkeit dem Gesetz Inhalt zu geben und unter den jeweiligen Umständen aus dem Gesetz heraus-zuholen, was nur irgend möglich ist.

Gerichtszuständigkeit wegen Entschädigung auf Grund des B.R.G. Ist für die Klage aus dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses; durch den auf Grund des Betriebs-rätegesetzes dem entlassenen Arbeiter eine Entschädigung zu-gebilligt wird, das GG. zuständig? Urteil des BG. I zu Berlin vom 14. September 1920.

Das BG. hat sich für unzuständig erklärt. Aus den Gründen: Die Schiedsprüche des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 24. Juni und 5. August 1920 sprechen dem Kl. Entschädigungsansprüche anlässlich der Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses durch den Best. auf Grund der §§ 87 und 88 B.R.G. zu. Die Ver-pflichtung des Arbeitgebers aus § 87 a. a. O., den zu Unrecht entlassenen Arbeiter wieder einzustellen oder zu entschädigen, bezieht sich auf den immer wahlweisen Anspruch des Ar-beiters auf Fortsetzung des Arbeitsvertrages oder Schadens-ersatzung wegen ungerechtfertigter Auflösung desselben, also wegen Nichterfüllung des Vertrages. Die Grundlage des geltend gemachten Anspruchs ist der zwischen den Par-teien geschlossene Arbeitsvertrag. Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses schafft zwar nach § 87 B.R.G. Recht zwischen den Parteien; sie erstet aber nicht den Anspruch aus dem ursprünglichen Vertragsverhältnis durch einen neu begründeten anderweitigen Anspruch, sondern stellt nur deklaratorisch die Wirkungen der nach § 84 B.R.G. unzulässigen oder unbilligen Kündigung fest. Die eingeklagten Ansprüche aus § 87 B.R.G. unterfallen somit dem § 4 Ziff. 1 und 4 GG. vom 29. September 1901. Auch der Anspruch des § 88 B.R.G. stellt eine Schadensersatzung dar für unberech-tigt erklärten Kündigung fest, fällt also gleichfalls unter § 4 Ziff. 1 und 4 GG. Es ist deshalb für die klageweise Gel-tendmachung beider Ansprüche entweder das GG. (§ 6 GG.) oder, sofern der Best. Innungsamtlich ist, und die Innung ein Schiedsgericht errichtet hat, das Innungsschieds-gericht ausschließlich zuständig. (§ 81 b Ziff. 9 GG.)

Bewegungen im Berufe.

Mühlen.

† Chemnitz. Eine Mühlenarbeiterversammlung des Be-zirks Chemnitz am 27. Februar beschäftigte sich mit dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Dresden. Aus dem Bericht, welchen Bezirksleiter Goldammer erstattete, ging folgendes hervor: Der Arbeitgeberverband hat die ge-samte Forderung abgelehnt, worauf seitens des Ministe-riums der Schlichtungsausschuss in Dresden beauftragt wurde, einen Schiedspruch für ganz Sachsen zu fällen. Da der Dresdener Schlichtungsausschuss nur aus 6 Per-sonen, 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern bestand, kam am 9. Februar kein Schiedspruch zustande wegen Stim-mengleichheit. Am 21. Februar wurde die Angelegenheit noch einmal verhandelt, und zwar unter dem unparteiischen Vorsitzenden Dr. v. Carlowitz, wo folgender Spruch gefällt wurde: Die Löhne in den ersten drei Lohnklassen werden pro Woche um 20 Mk., die der übrigen beiden Klassen um 10 Mk. erhöht. Bei der Begründung wurde besonders her-vorgehoben, daß die Lebensmittel nicht mehr verteuert werden dürften. Dieses soll wohl nur gelten, solange die Löhne der Arbeiter dabei in Betracht kommen, denn bei der bereits angeforderten Erhöhung des Brotgetreides ab neuer Seite sieht es anders aus. Die Aussprache hierzu war eine lebhaft und wurde besonders hervorgehoben, daß die Löhne der Mühlenarbeiter, trotzdem die Mühlen lebens-wichtige Betriebe seien (siehe Streikverbot), heute mit dieser Erhöhung am schlechtesten bezahlt werden. Von einem Redner wurde behauptet, daß die Ortsgruppe Chemnitz des Arbeitgeberverbandes beschloffen habe, einer Erhöhung des Lohnes um 30 Mk. pro Woche zuzustimmen. Ob dieses auf Wahrheit beruht, könne nicht behauptet werden, es könne nur ein Bluff den Arbeitern gegenüber sein, um Streitig-keiten zwischen den Organisationsvertretern und ihren Mit-

gliedern heranzurufen. Der Schiedspruch wurde mit einer Stimme Mehrheit angenommen, und zwar mit der Bedingung, daß, wenn die R.G. dem Antrag sämtlicher Arbeitgeberverbände stattgibt und eine Lohnhöherhöhung eintritt, läßt, die Lohnkommission beauftragt wird, sofort neue Forderungen zu stellen.

† Lüneburg. Seit Jahresfrist hinken die Löhne für die Mühlenkollegen erheblich hinter denen der anderen Industriearbeiter am Orte nach. Der Arbeitgeberverband glaubte offenbar, daß daraus für die Mühlenfirmen ein gewisses Gewohnheitsrecht geworden sei, auch für die Folgezeit geringere als ortsübliche Löhne zu bezahlen. Unsere Kollegen dagegen waren darüber ganz anderer Meinung und verlangten nicht mit Unrecht, daß ihnen das in ihrem Haushaltbudget bisher entstandene Minus durch höhere Löhne ausgeglichen werden müsse. Der angerufene Schlichtungsausschuß stellte sich wider Erwarten auf Seite der Arbeitgeber. Damit hatten aber die Kollegen es satt, auch diesmal wiederum Ruhhandel zu treiben und legten am Sonnabend restlos die Arbeit nieder. Nach eintägigem Streik konnte die Mühlenfirma Fahrt soweit Lohnzulagen machen, daß unsere Kollegen damit sich zufrieden erklären konnten.

Korrespondenzen.

Darmstadt. Die Generalversammlung am 30. Januar ehrte einmütig die verstorbenen Kollegen der Zahlstelle sowie den Vorsitzenden des A.D.G.B. Karl Legien und unseren verstorbenen Hauptkassierer Hapke. Der Kassenbericht gab Kollege Goldbrunner. Der Mitgliederbestand am Ende des Jahres war 185. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden Kollegen Schäfer ergab sich, daß das vergangene Jahr ein sehr bewegtes für unsere Organisation gewesen ist. Schon zu Beginn des Jahres 1920 setzte die erste Bewegung ein, welche am 20. Februar durch Schiedspruch eine Erhöhung von 40 bzw. 45 M. pro Woche brachte. Dieser folgte dann die Kündigung des Tarifvertrages. Es begannen neue Tarifverhandlungen, welche sich jedoch derart in die Länge zogen, daß inzwischen eine neue Teuerungszulage am 24. April von 60 M. pro Woche eingereicht und bewilligt wurde. Der Abschluß des Tarifvertrages erfolgte am 28. Juni und änderte man auch hier einige Paragraphen zum Vorteil der Arbeitnehmer. Durch die nun inzwischen eingetretene Preissteigerung sah sich die Organisation gezwungen, abermals eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulage zu fordern, die mit 25 M. genehmigt wurde. Alles in allem können wir erhebliche Erfolge in der Verbesserung für die Kollegen in den Tarifverträgen feststellen. Leider trifft dies für die Kollegen in den Brauereien im Odenwald, sowie diejenigen der Bierneidelerlagen nicht zu und wird man hier noch manchen harten Kampf ausfechten müssen. Traurig liegen die Verhältnisse der Kollegen in den Mühlen der Umgegend und muß es unsere nächste Aufgabe sein, auch hier Wandel zu schaffen, diese Mühlen sind jedoch zum größten Teil auf die Kollegen selbst zurückzuführen, da ihnen die gewerkschaftliche Schulung fehlt.

Kiel. Die gut besuchte Generalversammlung ehrte einmütig unseren verstorbenen Kollegen Hapke. Kollege Auerbach gab den Jahresbericht. In den Brauereien, Destillationen und Seltengeschäften haben acht gemeinsame Lohnbewegungen stattgefunden. Die Lohnsummen konnten von 112 bis 120 M. auf 292,80 bis 302 M. = 150 Proz. bei den Männern und bei den Arbeiterinnen von 74,66 M. auf 208,80 bis 210 M. = 200 Proz. erhöht werden. In den Mühlen fanden 6 Lohnbewegungen statt und wurden die Löhne von 103 bis 105 M. auf 273 bis 275 M. und bei den Arbeiterinnen von 70 M. auf 203 M. = 175 bis 200 Proz. erhöht. Auch in der Provinz haben die Kollegen an den Steigerungen entsprechend teilgenommen. Der Funktionär wurde für die tätige Mitarbeit Dank ausgesprochen und die Bitte daran geknüpft, im kommenden Jahre noch fleißiger zu arbeiten, da die kommende Zeit eine festgefügte Organisation notwendig machen wird. Durch die Stilllegungen der Brauereien war große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Kollegen waren gezwungen, in anderen Branchen Arbeit anzunehmen und gingen dadurch zum Teil durch Uebertritt in andere Organisationen unserer Organisation verloren. In der Provinz konnten in Schleswig und Friedrichstadt neue Zahlstellen gegründet werden. Zur Beitragserhöhung konnte festgestellt werden, daß die Mitglieder seit dem 1. Januar die erhöhten Beiträge bezahlen. Eine Aussprache, die der Vorstand mit den Verbänden der Bäcker, Fleischer und Würtcher herbeigeführt hatte und sich mit dem Zusammenschluß dieser Organisationen beschäftigte, wurde gutgeheißen und der Wunsch ausgesprochen, daß der Hauptvorstand recht bald Schritte unternehmen möge, damit eine Verschmelzung vor sich gehe. Gegen Gewerkschaftszersplitterung wurde einstimmig eine Resolution angenommen. Das Organisationsverhältnis ist als gut zu bezeichnen, da unorganisierte Arbeiter in den Brauereien, Destillationen und Mühlen nicht zu verzeichnen sind.

Königsberg. Die Zahlstelle hielt am 30. Januar ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Eingangs ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen August Hapke und Karl Legien. Dann erstattete Kollege Ritsche den Jahres- und Geschäftsbericht. Er konnte feststellen, daß das Jahr 1920 an Arbeit für die Organisation in Form von Lohnbewegungen sehr reichhaltig war. Unter all dieser Arbeit durfte die Geschäftsführung der Zahlstelle selbst nicht leiden. So, daß der Lokalbeamte im Interesse der Kollegen nicht darauf achten konnte, sich Ruhe zu gönnen. Es konnte nachgewiesen werden, daß die Zahlstelle Königsberg nicht nur ihren Mitgliederbestand gehalten hat, sondern immer noch weiter im Steigen begriffen ist. Für die Kollegen selbst wurde im Laufe des Jahres eine Lohnzulage im Durchschnitt die Woche von 120 M. erzielt. Der Berichterstatter schloß mit dem Wunsch, auch in Zukunft für die Organisation zu wirken und innerhalb der Zahlstelle für die Einheit der Kollegen Sorge zu tragen. Anschließend gab der Kollege Liebrecht den Kassenbericht. Der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres ist 1195 männliche und 163 weibliche Mitglieder. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Dann gab Kollege Liebrecht bekannt, daß die Urabstimmung zugunsten der Erhöhung der Beiträge ausgefallen sei, und richtet das Erluchen an diejenigen Kollegen, die gegen die Erhöhung der Beiträge gestimmt haben, sich der Mehrheit zu fügen, denn nur dann kann die Organisation auf der

Höhe gehalten werden. Anschließend gab der Kollege L. einen kurzen Ueberblick über die im Januar stattgefundenen Lohnbewegungen. Infolge der augenblicklichen schlechten Wirtschaftslage in den Betrieben sind die Kollegen nicht so zu ihrem Rechte gekommen, wie sie sich es gewünscht hatten, und es wurde die Hoffnung ausgesprochen, bei einer besseren Geschäftslage das Versäumnis nachzuholen. Hierauf verlas der Kollege Thiel die Forderungen bzw. den offenen Brief der B.R.B. und begründete sie im Sinne seiner Anschauungen. Kollege Jank, Ritsche und Liebrecht konnten feststellen, daß dies alte Forderungen sind, die die Gewerkschaften schon von jeher vertreten haben. Die Versammlung hat gezeigt, daß die Gewerkschaften das einzige Bollwerk gegenüber den Unternehmern ist, deshalb muß es unsere Pflicht sein, die einseitige Politik aus der Gewerkschaft zu lassen. Einseitige Parteipolitik bringt Unstimmigkeit in die Reihen der Kollegen und schadet dem wirtschaftlichen Kampf gegenüber dem Unternehmer. Angenommen wurde folgende Resolution:

„Die am 30. Januar gut besuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Königsberg nimmt Kenntnis von dem Vorgehen zahlreicher Abgeordneter des Reichstages, einen Antrag dem Reichstage zu unterbreiten, in dem die Regierung beauftragt wird, die Brauereien in der Zukunft solange nicht mit Gerste zu beliefern, bis die Brotversorgung sichergestellt ist. Ungeachtet dessen, daß dadurch 60 000 Brauereiarbeiter brotlos werden, haben sich auch zahlreiche Abgeordnete der drei sozialistischen Arbeiterparteien an diesem Vorgehen beteiligt. Die Versammlung beauftragt deshalb den Hauptvorstand, an die Fraktionsvorstände der drei sozialistischen Parteien heranzutreten und sie auf die Folgen ihres Vorgehens aufmerksam zu machen. Die Brauereiarbeiter Königsbergs erwarten, daß die sozialistischen Abgeordneten in Zukunft auf das Landwirtschaftsministerium einwirken sollen, daß die Bauern bei Nichterhaltung ihrer Lieferungsverpflichtung mit Enteignung des Bestandes bestraft werden. Nur dieses Vorgehen kann die deutsche Bevölkerung vor dem Hunger retten und nicht die Entziehung der Gerste für die Brauereien.“

Kulmbach. Am 30. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Gräbner gab den Jahresbericht. Es konnte festgestellt werden, daß die Zahlstelle mit fünf für uns zuständigen Industrien im Vertragsverhältnis steht. Die Zahlstellenleitung kam dadurch fast das ganze Jahr nicht aus Lohnbewegungen heraus. Erreicht wurden Zulagen in allen Industrien von 95 bis 100 Proz. gegen das Vorjahr. Als erfreulich bezeichnet kann werden, daß alle Lohnbewegungen in friedlicher Weise erledigt wurden. Kollege Schneider ergänzte diesen Bericht und streifte die durch die einsetzende Krisenverschärfte mitleidige Lage der Arbeiterschaft im allgemeinen und deren Folgen für unsere Berufe. Sodann erstattete Kollege Schneider den Kassenbericht. Trotz Einführung einer Erwerbslosenunterstützung und bedeutende Neuanstellungen aus der Lokalkasse hat diese noch einen geringen Ueberfluß. Die Neuwahlen ergaben wenig Veränderungen. Zum Schluß gab Kollege Gräbner den Bericht von einigen Sitzungen des Ortsausschusses. Man könnte fast zu der Anschauung hinneigen, daß von dieser Seite versucht werden soll, Zersplitterung auch in die Gewerkschaften zu tragen. Die Kollegen sollten auf der Hut sein und weiter für unsere Organisation und für die geschlossene Front wirken.

Mülheim a. d. Ruhr. Am 30. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Neuter erstattete den Jahresbericht, dabei auf die Unsicherheit im Gewerbe hinweisend. In Mülheim seien die Verhältnisse besonders schlimm, ist doch die Zahl der hier Beschäftigten um zirka 45 gefallen, was durch die Stilllegung einiger Betriebe bedingt ist. Über auch die Zahl der noch in den Betrieben Beschäftigten ist stark zurückgegangen. In den hiesigen Großindustriellen-Betrieben sind Bekanntmachungen herausgegeben, worin versucht wird, einen Preisabbau für alle resp. eine Anzahl Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel vorzunehmen. Damit sucht man einen Lohnabbau vorzubereiten. Auffallend ist es, daß gerade die wichtigsten Lebensmittel, Brot und Kartoffeln, fehlen. Daraus sei zu ersehen, was wir uns auch als Brauereiarbeiter zu versehen hätten, denn bald würden auch die Brauereien mit Preisabbau folgen wollen, darauf solle man gerüstet sein. An Arbeit hat es im vergangenen Jahr nicht gefehlt. Fast jede Woche mußte der Vorsitzende in einem Geschäft vorstellig werden, am meisten in der Brauerei Fuglsang. Herr J. Fuglsang hält es mit dem Ehrgefühl eines früheren Offiziers vereinbar, gegen einen Kollegen tötlich zu werden, in der Tarifeinhaltung wird es jedoch nicht so genau genommen. Kollege Decker erstattete den Kassenbericht. In der Diskussion wurden besonders die beiden in den hiesigen Tageszeitungen erschienenen Artikel besprochen, welche sich mit dem Vertrieb des französischen Bieres beschäftigten.

Rasthof. Die Generalversammlung vom 30. Januar wählte den Vorstand und nahm den Jahresbericht entgegen. Das Jahr war ein erfolgreiches. Es fanden fünf Lohnbewegungen in der Mühlenindustrie und drei in der Brauerei statt. Kollege Jüttner-Breslau war anwesend und richtete Mahnworte an die Kollegen. Nur der Besuch der Versammlungen ließ zu wünschen. Wir wünschen in diesem Jahre Besserung, nur eine geschlossene Front kann Stürmen standhalten.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Eine neue Mahlgelderhöhung hat der Ausschuß der Reichsmüllerverbände bei der Reichsgetreidestelle für die ihr angeschlossenen Mühlen beantragt. Es werden ab 15. Februar 45 M. für die Tonne mehr gefordert, die sich auf folgende Positionen verteilen:

- 1. Für die Erhöhung der Preise und Frachten für Kohlen und die Verschlechterung der Beschaffenheit der Kohle durch die Ablieferungen der besten Kohlenarten an die Örtente 4 M.
2. Für die Erhöhung der Versicherungssummen und -prämien bez. das Risiko einer Unterverseicherung 3 M.
3. Für die Erhöhung der Sachfrachten 3 M.
4. Für Instandsetzungen, Werten und Reparaturen 10 M.
5. Für Abschreibungen 3 M.

6. Für Arbeiterlöhne (Wochenlohn-erhöhungen von 45 M. seit 15. August 1920 angenommen), bei einer Mindestleistung von einer Tonne pro Arbeiter und Tag, 7,50 M.

7. Für Gehälter 2,50 M.
8. Für allgemeine Geschäftsauskosten (Sozialversicherung, Bureaubedarf, Posti usw.) 7 M.
9. Mehraufwand für den Unternehmer und Selbstwertung 5 M. Insgesamt 45 M.

Die Art, wie die Steigerung der Arbeiterlöhne begründet wird, findet unsere Zustimmung nicht. Es kann sich nicht darum handeln, um wieviel seit 15. August 1920 die Löhne erhöht wurden, sondern es kann nur verlangt werden, daß die über die in die jetzigen Mahlgelder einkalkulierten 260 M. pro Woche hinausgehenden Zulagen durch entsprechende Mahlgelderhöhung abgegolten werden. Mühlen, die weniger als 260 M. Wochenlohn zahlen, können neue Forderungen nach Mahlgelderhöhung nicht mit dem Steigen der Arbeiterlöhne begründen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Einigung zwischen Afa-Bund und Wertmeister-Verband. Am 14. Februar 1921 tagte in Berlin in den Räumen des Zentralverbandes der Angestellten die Reichsvertreterversammlung des Afa-Bundes. Alle angeschlossenen Verbände waren vertreten.

Den Hauptberatungsgegenstand bildete der Bericht über die Verständigung zwischen dem Afa-Bund und dem Deutschen Wertmeister-Verband. Einstimmig wurde die nachfolgende Entschließung angenommen:

„1. Parteipolitische Neutralität. Voraussetzung für alle freigewerkschaftlichen Organisationen ist die möglichst reiflose Erfassung aller Berufsgruppen. Dabei müssen religiöse und parteipolitische Fragen ausgeschaltet werden. Das sind keine Opportunitätsabwägungen, sondern die Erkenntnis, daß das die Voraussetzung für jede Gewerkschaftsarbeit ist.“

Die dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände sind Berufsorganisationen, die ihre Ziele unter Anerkennung des Grundgedankes der parteipolitischen Neutralität zu verwirklichen suchen. Es wird anerkannt, daß sich auch im D.W.V. Mitglieder aller Parteien zu gemeinsamer Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen zusammengefunden haben und besonderen Wert auf die Wahrung der parteipolitischen Neutralität legt. Die Stellungnahme zu wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen wird dadurch nicht berührt.

2. Zentralarbeitsgemeinschaft. Es wird festgestellt, daß der Afa-Bund, unbeschadet seiner in der Vorstandskonferenz am 6. und 7. November 1920 zum Ausdruck gebrachten grundsätzlichen Stellung, sich nach wie vor an der Zentralarbeitsgemeinschaft beteiligt. Der Deutsche Wertmeister-Verband steht auf dem Boden seines auf dem Selbständigen-Verbandsstage gefaßten Beschlusses zur Frage der Zentralarbeitsgemeinschaft und wird demgemäß für die Zentralarbeitsgemeinschaft eintreten, bis ein gleichwertiger Ersatz geschaffen ist.

3. Internationaler Gewerkschaftsbund. Es besteht Uebereinstimmung, daß die freigewerkschaftlichen Ziele nur erreicht werden können durch nationale und internationale Solidarität aller Arbeitnehmer. Aus diesem Grunde wird eine Verbindung mit dem A.D.G.B. und dem Internationalen Gewerkschaftsbund-Sitz-Amsterdam erstrbt. Unter Wahrung der parteipolitischen Neutralität sollen die Angestelltenverbände aller Länder gesammelt und dem Internationalen Bund der Privatangestellten zugeführt werden.

4. Sozialisierung. Das Allgemeinwohl muß über das persönliche Interesse gestellt werden. Die Gemeinschaft ist mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu fördern.

5. Satzungsentwurf und Programm. Der Afa-Vorstand empfiehlt der Vertreterversammlung, den § 1, letzter Absatz der Satzungen wie folgt zu formulieren: „religiöse und parteipolitische Bestrebungen sind ausgeschlossen. Der Afa-Bund kann mit anderen Organisationen von Fall zu Fall zur Erringung gemeinsamer Ziele zusammenarbeiten, jedoch nur, soweit sie sich im Rahmen der Afa-Zwecke halten.“

Satzungsentwurf und Richtlinien der Satzungscommission werden erneut unter Hinzuziehung der Kollegen Leonhardt und Küngen einer Durchprüfung unterzogen.

Der Deutsche Wertmeister-Verband hat daraufhin seine Mitarbeit im Afa-Bund wieder aufgenommen.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar eine weitere ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 355 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Voll-erwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gemährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, so dürften zurzeit etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, die durch den Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigt und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung vollständig oder in einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Literarisches.

Proletariatsjugend und Theater. Von Gerhart Seger. Preis 2,50 M. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2.
Agrarfrage und der Sozialismus. Von Alexander Stein. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2. (Preis 2,50 M.)

